

GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung!

GewerkschafterInnen, Antifas und antimilitaristische Initiativen stehen gemeinsam vor einer massiven Herausforderung: Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer stärker forciert – zuletzt durch Entsendung von Bundeswehr-Einheiten mit „Patriot“-Raketen in die Türkei und Teilnahme an der Militär-Intervention in Mali.

■ Seit Mitte der 90er Jahre führt die Bundeswehr Kriege (gegen Ex-Jugoslawien, Afghanistan). Dabei geht es um imperiale deutsche Interessen, Rohstoffe, Absatzmärkte, Handelswege... Weit über 300.000 Bundeswehr-Angehörige wurden seit Beginn der 1990er Jahre ins Ausland entsandt. Gegenwärtig befindet sich die Bundeswehr auf drei Kontinenten in zwölf Kriegseinsätzen mit über 7.000 Soldaten im Einsatz. In Afghanistan und in Kosovo ist die Bundeswehr seit Jahren Besatzungsarmee. In Kundus hat die Bundeswehr am 4. September 2009 ein Massaker mit über 100 Ermordeten veranlasst.

■ Der Bundeswehr-Einsatz nach innen ist fest verankert und wird ebenfalls forciert: Die Bundeswehr soll eingesetzt werden, wenn es zum „Notstand“ für die Herrschenden kommt. Ganz offiziell wird die Niederschlagung von Streiks der ArbeiterInnen und anderer Proteste trainiert. Beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder beim NATO-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg kam bereits die Bundeswehr nach innen zum Einsatz.

■ 2011 haben die deutschen Rüstungsexporte gegenüber dem Vorjahr um 50% zugenommen (auf über 2 Mrd. Euro), davon allein 400 Mio. nach Griechenland. Deutschland ist weltweit auf Platz 3 der Rüstungsexporteure.

■ Damit einher geht die umfassende Militarisierung nach innen. Unter den Schlagworten der „vernetzten Sicherheit“, der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“, des „Heimatschutzes“, von „Partnerschaften“ mit Betrieben, Kommunen und Bildungseinrichtungen drängt die Bundeswehr in alle gesellschaftlichen Bereiche. Zugleich betreibt die Bundeswehr eine enorme Propaganda-Offensive in den Arbeitsämtern, den Schulen und Hochschulen, um Soldaten zu rekrutieren.

Die Proteste gegen die Bundeswehr sind unbedingt berechtigt und nötig...

An den Protesten und Aktionen gegen die Bundeswehr beteiligen sich verschiedentlich auch GewerkschafterInnen. Gemäß der „Beschlusslage“ scheint es vielen sogar so, dass die DGB-Gewerkschaften im Großen und Ganzen gegen Kriegspolitik und Militarismus stehen. Doch die genauere Betrachtung bringt anderes zum Vorschein: Es stellen sich keineswegs „die“ DGB-Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Militarisierung. In Wirklichkeit gibt es einen tiefen Gegensatz zwischen der DGB-Führung und ihrem Apparat und GewerkschafterInnen, die sich antimilitaristisch engagieren.

... und werden von der DGB-Führung abgelehnt – Beispiel ver.di

An dem berechtigten Protest „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem „Hessentag“ 2011 in Oberursel beteiligten sich am 13.06. und am 18.06.2011 u. a. auch die DGB-Jugend Hessen, die GEW-Studentengruppe Frankfurt und ver.di Fachbereich 5 Bezirk Frankfurt. Auch in dem Organ von ver.di in Hessen „ver.di mainletter“, 02-2011 wurde zu den Protesten aufgerufen. Dagegen gab es sogleich einen Aufschrei der „Bundeswehrkameraden“ des Deutschen Bundeswehrverbands. Die ver.di-Führung verurteilte umgehend den Artikel sowie die Teilnahme von ver.di-Mitgliedern an den Protesten. Ver.di-Chef Bsirske versicherte: „Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird.“ (ver.di Bund und Länder Newsletter 02/2011)

ver.di und Bundeswehr - das geht doch!

Stellungnahme zum Artikel „Hessentag ohne Bundeswehr“ (ver.di mainletter 02-2011, Seite 4)

will eine andere Gesellschaftsform als die freiheitlich demokratische Grundordnung, für die die Bundeswehr als Ganzes steht.“ (ver.di Main-letter Nr. 3/11, S.4)

In der offiziellen Stellungnahme der „ver.di Landesfachgruppe Bundeswehr“ heißt es unter der Überschrift „ver.di und Bundeswehr – das geht doch!“: „Wer die Bundeswehr wie die Hessische ver.di Gliederung des FB 5 beseitigt wissen will,

Wenn wir den antimilitaristischen Kampf konsequent verstärken wollen, dann darf diese Pro-Bundeswehr-Position der DGB-Führung und ihres Apparat-Anhangs im „Netzwerk“ der zunehmenden Militarisierung keinesfalls ausgeklammert oder in Schutz genommen werden.

Machen wir den Kampf gegen die Bundeswehr und gegen den deutschen Militarismus unbedingt zum Thema, in den Betrieben, Hochschulen und Schulen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in Erwerbslosen-Initiativen und in Antifa-Gruppen.

Konkrete antimilitaristische Aufklärung und kämpferische Aktionen gegen die Bundeswehr sind dringend nötig.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Infoladen Bremen, St. Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen, oder: email: gewantifa@yahoo.de

Unsere bisherigen Flugblätter sind auch nachzulesen im Internet unter: www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html